



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 8 vom 20.4.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: DEMOGRAFISCHER WANDEL UND ENGAGEMENTFÖRDERUNG IM LOKALEN RAUM

- Roß/ Steiner/ Schlicht: Nachbarschaftshilfe im Wandel
- Zeckra: Netzwerkst Du noch oder kooperierst Du schon?
- Schulz-Nieswandt/ Köstler: Seniorenengagementschaften im Kontext
- Zeckra: Generali Altersstudie 2017
- Schmidt: Potenziale wecken, Chancen schaffen

LÄNDER

- »Bürger.Aktiv!«: Gesprächsreihe zum BE
- openTransfer #Ankommen und #Patenschaften: Stipendien
- »Von Kirchtürmen und Netzwerken«: Studie
- Wissenschaftlicher Beirat für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Volksbegehrensbericht 2017
- Länderbericht zum FWS: Publikation

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Merkel: Rede vor ehrenamtlichen FlüchtlingshelferInnen
- Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung
- Tracht: Familienalltag als idealer Lernort der Demokratie
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 30. Sitzung
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 31. Sitzung
- Positionen aus der Zivilgesellschaft zur Bundestagswahl 2017
- BAG SELBSTHILFE: Forderungen zur Bundestagswahl 2017
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO): Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017
- Deutscher Frauenrat: Forderungen zur Bundestagswahl 2017
- Volkssolidarität: Positionen zur Bundestagswahl 2017
- Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste: Forderungen zur Bundestagswahl 2017
- Forderungen zur Bundestagswahl 2017 zu Incoming-Freiwilligendiensten
- Verkehrsclub Deutschland (VCD): Forderungen zur Bundestagswahl 2017

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Kinder - Kitas - Kooperationen: Bericht zur Tagung
- »Wie das Engagement älterer Menschen ländliche Räume belebt«: Rückblick
- Kooperationsprojekt Bürgerhaushalt: 2. Sitzung der AG Strategie
- Bundesländer im Gespräch: Engagementpolitik und -förderung auf Länderebene
- Neuer Mitarbeiter im BBE
- BBE-Mitglied des Monats: Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- Freiwilligendienste weiterentwickeln: Fachgespräch
- Entwicklungspolitik beginnt in den Kommunen: Veranstaltung
- Helfende Hand 2017: Förderpreis
- Die Verantwortlichen: Ausschreibung
- Überlieferungen der neuen sozialen Bewegungen: Bericht
- Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft: Studie
- »Wir Bürgerstifter«: Publikation
- »Impulse der Reformation«: Publikation
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: DEMOGRAFISCHER WANDEL UND ENGAGEMENTFÖRDERUNG IM LOKALEN RAUM

Roß/ Steiner/ Schlicht: Nachbarschaftshilfe im Wandel

Engagementverständnis und Aufwandsentschädigung in der organisierten Nachbarschaftshilfe sind die Themen des Beitrages von Prof. Dr. Paul-Stefan Roß, Leiter des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (IfaS) und Dekan der Fakultät Sozialwesen des Center for Advanced Studies der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, Dipl.-Psy. Iren Steiner, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IfaS, und von Dr. Julia Schlicht, ebenso wissenschaftliche Mitarbeiterin am IfaS und stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe »Demografischer Wandel und Engagementförderung im lokalen Raum« des BBE. Die Erkenntnisse des vorliegenden Beitrags beruhen auf Daten, die das IfaS im Rahmen einer Befragung zwischen Februar bis Juli 2016 erhoben hat. Durchgeführt wurde die Befragung bei den Organisierten Nachbarschaftshilfen, die unter dem Dach von Zukunft Familie e.V. organisiert sind, einem Fachverband des Caritasverbands der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

[Beitrag von Prof. Dr. Paul-Stefan Roß, Dipl.-Psy. Iren Steiner und Dr. Julia Schlicht](#)
(PDF, 182 KB)

[nach oben](#)

Zeckra: Netzwerkst Du noch oder kooperierst Du schon?

Die Frage, wie eine nachhaltige Integration geflüchteter Menschen in unsere Arbeitswelt funktionieren kann, ist das Thema des Beitrages von Christoph Zeckra, Public Affairs & Community Engagement, Generali Deutschland und BBE-Themenpate im Themenfeld »Engagement von und für geflüchtete Menschen«. Trotz vieler Bemühungen ist die aktuelle Bilanz in dieser Hinsicht ernüchternd. Als wesentliche

Gründe kritisiert er unverbindliches Netzwerken und fehlende Koordination. Auch die Zusammenarbeit zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist optimierbar. Sein Fazit: »Es muss in den nächsten Monaten und Jahren um eine gesteuerte Kooperation zwischen den Akteuren vor Ort gehen, um die Kompetenzen und Ressourcen komplementär zu bündeln. (...) Kooperationen dürfen nicht zufällig entstehen oder dem Goodwill der Akteure überlassen werden. Wirksame Kooperationsstrukturen müssen als Erfolgsbedingung für eine erfolgreiche Integration verstanden werden.«

[Beitrag von Christoph Zeckra](#) (PDF, 353 KB)

[nach oben](#)

Schulz-Nieswandt/ Köstler: Seniorengenossenschaften im Kontext

Die Bildung von Sozialkapital in Seniorengenossenschaften im Kontext sozialraumorientierter Daseinsvorsorge ist das Thema des Beitrages von Univ.-Prof. Hon.-Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt, Universität zu Köln/Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar, und Dr. rer. pol. Ursula Köstler, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln. Dabei thematisieren sie die Morphologie, Handlungsmotive, Handlungsmuster, die Gemeinwirtschaftlichkeit und die Sozialkapitalproduktion von Seniorengenossenschaften. Vor diesem Hintergrund sehen sie in Seniorengenossenschaften und verwandten Sozialgebilden der Nachbarschaftshilfe bedeutsame Strukturelemente einer sozialraumorientierten Daseinsvorsorge im Sinne lokaler sorgender Gemeinschaften als Hilfe-Mix.

[Beitrag von Univ.-Prof. Hon.-Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt und Dr. rer. pol. Ursula Köstler](#) (PDF, 179 KB)

[nach oben](#)

Zeckra: Generali Altersstudie 2017

Zentrale Befunde der Generali Altersstudie 2017 im Vergleich zur Studie 2013 sind das Thema des Beitrages von Christoph Zeckra, Public Affairs & Community Engagement, Generali Deutschland und Themenpate Flucht und Integration des BBE. Lebenszufriedenheit, Mobilität, Alterseinkommen, gefühltes eigenes Alter, Altersarmut, bürgerschaftliches Engagement und weitere Themen werden behandelt. Dabei zeigt sich: »Eine große Mehrheit der 65- bis 85-Jährigen in Deutschland blickt zufrieden auf das eigene Leben. (...) Allerdings fällt eine deutliche Spreizung zwischen den sozialen Schichten auf – und das nicht nur beim Thema Geld.«

[Beitrag von Christoph Zeckra](#) (PDF, 166 KB)

[nach oben](#)

Schmidt: Potenziale wecken, Chancen schaffen

Die Bekämpfung scheiternder Übergänge von Schule in Beruf ist das Thema des Beitrages von Dr. Andreas Schmidt, Projektleiter des aktuellen Themenreports von PHINEO »Job in Sicht«. Bei einer Viertelmillion Jugendlicher gelingt der direkte Übergang nicht, was angesichts des demografischen Wandels doppelt schwer wiegt. Wie aber sieht wirkungsvolle Unterstützung für Jugendliche mit Startschwierigkeiten aus? Welche Projekte helfen, Potenziale zu wecken und Chancen zu schaffen? Der Autor benennt zentrale Erfolgskriterien, um ein Scheitern beim Übergang in den Beruf zu vermeiden oder zu korrigieren.

[Beitrag von Dr. Andreas Schmidt](#) (PDF, 160 KB)

[nach oben](#)

LÄNDER

»Bürger.Aktiv!«: Gesprächsreihe zum BE

Das Zentrum Aktiver Bürger (ZAB) feiert sein 20-jähriges Bestehen und startet im Jubiläumsjahr 2017 unter dem Titel »Bürger.Aktiv!« ein öffentliches Gesprächsforum zum Bürgerschaftlichen Engagement. Den Auftakt bildet ein Gespräch zum Thema »Vom Wandel des Engagements« am 11. Mai 2017 mit einem fachlichem Input von Monika Gorbahn, Bürgerstiftung Nürnberg, und Claudia Leitzmann, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. Weitere Gespräche in der Reihe folgen zu den Themen: Gestalte deine Stadt (22. Juni 2017), Alle an Bord!? oder: Wie integrativ ist Engagement? (14. September 2017) und »Aber wir wollen uns doch nur engagieren« - Gegenwind und Stolpersteine im Engagement (19. Oktober 2017). Alle Veranstaltungen finden im Künstlerhaus im KunstKulturQuartier in Nürnberg statt. Kooperationspartner sind die Bürgerstiftung Nürnberg und die in.media.vitae foundation.

[Weitere Informationen zur Gesprächsreihe »Bürger.Aktiv!«](#)

[nach oben](#)

openTransfer #Ankommen und #Patenschaften: Stipendien

Mit zwei Skalierungsstipendien unterstützt die Stiftung Bürgermut zum einen Initiativen und Projekte, die in Nordrhein-Westfalen mit jungen Geflüchteten arbeiten (openTransfer #Ankommen) und zum anderen Patenschafts- und Mentoring-Projekte für Geflüchtete in Ostdeutschland (openTransfer #Patenschaften). Beim Programm

openTransfer #Ankommen unterstützt die Stiftung die Projekte und Initiativen über mehrere Monate bei den ersten Schritten zur Verbreitung. Die StipendiatInnen müssen noch keinen Standort in der Region haben, sollten aber planen, ihre Aktivitäten auf Nordrhein-Westfalen auszuweiten. Auch das Programm openTransfer #Patenschaften unterstützt und begleitet die Initiativen über mehrere Monate. Es können sich Organisationen bewerben, die bisher noch nicht in Ostdeutschland aktiv sind, ihr Projekt aber gerne dorthin verbreiten möchten. Der Bewerbungsschluss ist für beide Stipendien der 23. April 2017.

[Weitere Informationen zum Programm openTransfer #Ankommen](#)

[Weitere Informationen zum Programm openTransfer #Patenschaften](#)

[nach oben](#)

»Von Kirchtürmen und Netzwerken«: Studie

Für die Beschreibung ländlicher Regionen dienen oft Schlagwörter wie »Landflucht« oder »sterbende Dörfer«. Doch es gibt einzelne Regionen oder Gemeinden, in denen der allgemeine Trend der Abwanderung, der Verlust von Arbeitsplätzen und sinkende Versorgung nicht zu spüren sind. Ein Beispiel dafür ist das Emsland in Niedersachsen. Im Emsland funktioniert, was in vielen erfolgreichen ländlichen Regionen in Deutschland zu finden ist: Ein Miteinander von tatkräftigen BürgerInnen, UnternehmerInnen und BürgermeisterInnen, die gemeinsam für ein attraktives Lebensumfeld sorgen. Die Studie »Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen« vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung untersucht in Gesprächen mit lokalen AkteurInnen, was die EmsländerInnen antreibt, sich für das Gemeinwohl einzubringen, wie die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche und Vereinen in der Engagementlandschaft funktioniert und wie zukunftsfähig diese Strukturen sind.

[Weitere Informationen zur Studie und Download](#)

[nach oben](#)

Wissenschaftlicher Beirat für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, Gisela Erler, hat Ende März 2017 erstmals einen Wissenschaftlichen Beirat für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung einberufen. Der Beirat soll in den Themenbereichen Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Einstellungen zu Europa und politische Bildung beratend tätig sein. Auch konkrete Projekte der Landesregierung in diesen Bereichen sollen von ihm begleitet werden. Der Beirat umfasst 15 WissenschaftlerInnen aus Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Verwaltungsrecht, Soziologie und den Sozial- und Kulturwissenschaften.

Volksbegehrensbericht 2017

324 durch die BürgerInnen ausgelöste direktdemokratische Verfahren gab es bisher insgesamt. Dies zeigt der Volksbegehrensbericht 2017 von Mehr Demokratie e.V. Die meisten Verfahren gab es in Bayern (51), Hamburg (45) und Brandenburg (43). In die 2. Sammelstufe (Volksbegehren) kamen jedoch nur 91 Verfahren. Erst in 23 Fällen haben die BürgerInnen auch tatsächlich eine Abstimmung ausgelöst (3. Stufe). Im Jahr 2016 liefen insgesamt 24 Verfahren auf Landesebene, 12 Verfahren in acht Bundesländern wurden neu eingeleitet. Damit liegt das Jahr 2016 im Durchschnitt der letzten Jahre. Die thematischen Schwerpunkte der neu eingeleiteten Verfahren bildeten 2016 »Bildung und Kultur« sowie »Demokratie und Innenpolitik« mit je 25 Prozent (3 von 12 neu eingeleiteten Verfahren). 2016 gab es keinen Volksentscheid. Der Volksbegehrensbericht steht kostenlos als Download zur Verfügung.

[Download Volksbegehrensbericht 2017](#) (PDF, 1,2 MB)

[Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse](#) (PDF, 129 KB)

Länderbericht zum FWS: Publikation

Mit dem »Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014« werden erstmals Daten des Deutschen Freiwilligensurvey (FWS) für einen Vergleich für vierzehn Bundesländer in deren Auftrag ausgewertet (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) . Die AutorInnen Corinna Kausmann, Julia Simonson, Jochen P. Ziegelmann, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer liefern damit eine aktuelle Bestandsaufnahme des freiwilligen Engagements in einzelnen Bundesländern sowie eine Darstellung zentraler Entwicklungen im zeitlichen Vergleich. Neben länderspezifischen Engagementquoten (die auch im FWS dargestellt sind) bietet die Publikation zusätzliche Ergebnisse z.B. zu öffentlichen gemeinschaftlichen Aktivitäten, zur Engagementbereitschaft der Nicht-Engagierten und zu Geldspenden. Erschienen ist der Band in der Reihe »Bürgergesellschaft und Demokratie« bei Springer VS Wissenschaft.

[Weitere Informationen zur Publikation](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Merkel: Rede vor ehrenamtlichen FlüchtlingshelferInnen

Am 7. April 2017 hielt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eine Rede bei ihrem Treffen mit ehrenamtlich engagierten FlüchtlingshelferInnen, die »stellvertretend für die vielen Ehrenamtlichen im ganzen Land hierhergekommen sind, die bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen geholfen haben und dies immer noch tun.« In ihrer Rede belässt sie es nicht bei einem Dankeschön, sondern bezieht aktuelle Themen ein und äußert sich zum Giftgaseinsatz in Syrien und der Reaktion seitens der USA. Ebenso thematisiert sie Fragen der aktuellen Migrationspolitik und blickt auf 2015 und die Entwicklungen seitdem zurück. Schließlich vergleicht sie die relativ geringen Flüchtlingszahlen in Deutschland und Europa mit der Lage in Ländern wie dem Libanon, Jordanien oder der Türkei. »Deshalb danke ich Ihnen, die Sie gezeigt haben: Für uns stehen die Werte nicht nur in der Verfassung und auf dem Papier, sondern wir versuchen, sie auch zu leben. Dafür herzlichen Dank.«

[Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel](#)

[nach oben](#)

Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung

Rechtliche Betreuungsvereine stellen eine besondere Form von Engagementinfrastruktureinrichtungen dar, in denen hauptamtliche rechtliche BetreuerInnen nicht nur selber rechtliche Betreuungen übernehmen, sondern zugleich ehrenamtliche BetreuerInnen in ihrer Arbeit unterstützen und fortbilden. Die Bezahlung der Hauptamtlichen erfolgt nach Sätzen, die vor 12 Jahren gesetzlich festgeschrieben wurden. Eine ausbleibende Erhöhung stellte dieses Modell zunehmend in Frage. Die Regierungskoalition hat sich auf eine Änderung verständigt. Deshalb wurde ein Antrag des Bundesrates zum Thema: »Gesetzentwurf des Bundesrates: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge und Fürsorgeangelegenheiten« durch einen Änderungsantrag ergänzt, der hinzufügt: »...und zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung«. Eine Anhörung hat am 8. März 2017 im Rechtsausschuss stattgefunden. Die CDU/CSU-Fraktion schrieb dazu am 18. Januar 2017: »Die Änderungen der Betreuervergütung werden zu Mehrkosten in den Justizhaushalten der Länder führen. Wenn Betreuungsvereine verschwinden, wären die Kosten aber noch wesentlich höher, da dann vermehrt Ehrenamtliche durch Berufsbetreuer ersetzt werden müssten.«

[Anhörung Innenausschuss vom 8. März 2017](#)

Tracht: Familienalltag als idealer Lernort der Demokratie

Die Reflexion der Diskussionen in der Arbeitsgruppe »Demokratie und Familie« im Rahmen des Demokratiekongresses 2017 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (BMFSFJ) ist Thema des Beitrages von Susann Tracht, Doktorandin in Teilzeit zur »Monetarisierung des sozialen Engagements« an der Universität Siegen. Dabei zeigen sich immer wieder auch ganz unerwartete Einsichten für Diskussionen über bürgerschaftliches Engagement und Engagementpolitik, etwa bei der abwertenden Bewertung von sozialen Schichten oder dem Verhältnis von Selbstliebe, Selbstsorge und Anerkennung. Ihr Fazit: »Damit also der Erziehungsalltag ein gelebt-erlebt demokratischer werden kann, braucht es anerkannt-wertgeschätzte Care-Zeit.«

[Beitrag von Susann Tracht](#) (PDF, 217 KB)

Unterausschuss BE: Protokoll zur 30. Sitzung

Am 15. Februar 2017 fand die 30. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages in der 18. Legislaturperiode statt. Das Protokoll zur Sitzung liegt nun vor. Zentraler Tagungsordnungspunkt war ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Siebten Altenberichtscommission, Herrn Professor Dr. Andreas Kruse, über die engagementrelevante Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Siebten Altenberichts.

[Kurzprotokoll der 30. Sitzung](#) (PDF, 628 KB)

Unterausschuss BE: Protokoll zur 31. Sitzung

Am 22. März 2017 fand die 31. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages in der 18. Legislaturperiode statt. Das Protokoll zur Sitzung liegt nun vor. Zentraler Tagungsordnungspunkt war ein Fachgespräch zum Thema »Gemeinnützigkeitsrecht« mit Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Stefan Diefenbach-Trommer, Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung« sowie Dr. Rolf Möhlenbrock, Bundesministerium der Finanzen (BMF).

[Kurzprotokoll der 31. Sitzung](#) (PDF, 4 MB)

Positionen aus der Zivilgesellschaft zur Bundestagswahl 2017

Im letzten BBE-Newsletter und in einem Mitgliedermailing haben wir dazu aufgerufen, uns Positionierungen zur Bundestagswahl 2017 von BBE-Mitgliedern und Stakeholdern zu engagement- und demokratiepolitischen Fragen bis zum 31. Mai 2017 zukommen zu lassen. Wir werden sie dann zeitnah in einer Publikation zusammenführen, damit die Wahrnehmung und Wirksamkeit der Positionierungen und Forderungen vor und nach der Bundestagswahl 2017 verstärkt wird. Vorab werden wir auch alle diese Positionierungen und Forderungen im BBE-Newsletter veröffentlichen. Über entsprechende Publikationen in digitaler oder gedruckter Form aus der BBE-Mitgliedschaft freuen wir uns ebenso wie über Hinweise auf bzw. Unterlagen von netzwerknahen Organisationen und AkteurInnen.

Die Redaktion

[nach oben](#)

BAG SELBSTHILFE: Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Die BAG SELBSTHILFE wendet sich mit ihren Forderungen zur Bundestagswahl 2017 an die zur Wahl antretenden Parteien, um die Behinderten- und Gesundheitspolitik verstärkt in deren parteipolitischen Fokus zu rücken: »Die BAG SELBSTHILFE fordert eine teilhabeorientierte Gesundheits- und Sozialpolitik für alle chronisch kranken und behinderten Menschen und ihre Angehörigen.« Die BAG SELBSTHILFE unterstreicht dabei die Notwendigkeit einer umfassenden Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Ein eigener größerer Abschnitt des Forderungspapiers ist der Selbsthilfeförderung und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gewidmet. Die BAG SELBSTHILFE ist der Dachverband von 117 Bundesverbänden der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen sowie von 13 Landesarbeitsgemeinschaften und insoweit Interessenvertreter von über einer Million Betroffener bundesweit.

[Forderungen zur Bundestagswahl 2017 der BAG SELBSTHILFE](#)

[nach oben](#)

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO): Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Am 4. April 2017, zum Tag der älteren Generation, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) ihre Wahlprüfsteine zu den Bundestagswahlen 2017 verabschiedet. Insgesamt 35 Fragen werden den Parteien gestellt, aufgeteilt auf sechs Themenblöcke. Der Themenblock 3 ist dem Freiwilligen Engagement und der Partizipation älterer Menschen gewidmet, denn: »Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern

ist Ausdruck aktiver Teilhabe und lebendiger Demokratie.« Im Detail geht es um Engagementinfrastruktur, um die Berücksichtigung von Besonderheiten bei der Engagementförderung älterer Menschen, um Bildung, um sozial benachteiligte Gruppen und um Anerkennung und Unterstützung im Kontext des Ehren- und Hauptamts für Geflüchtete. Die BAGSO ist die Interessenvertretung der Älteren in Deutschland mit 113 Mitgliedsverbänden, in denen viele Millionen ältere Menschen organisiert sind.

[Positionen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen \(BAGSO\)](#)
(PDF, 607 KB)

[nach oben](#)

Deutscher Frauenrat: Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Am 22. März 2017 hat der Deutsche Frauenrat neun Forderungen an die zum Bundestag kandidierenden Parteien und PolitikerInnen gerichtet. So fordert der Deutsche Frauenrat eine Entlastung von Frauen als pflegende Angehörige und einen Ausbau der Leistungen bei privater häuslicher Pflege: »In der Pflegepolitik muss professionelle Pflege Vorrang gegenüber unentgeltlicher privater oder ehrenamtlicher Pflege haben.« Ein zentraler Punkt ist die Forderung nach Schutz und Förderung geflüchteter Mädchen und Frauen, mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilnahme und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben: »Als Teil des Empowerments ist es wichtig, sie als gesellschaftliche Akteurinnen nicht nur für ihr Leben in Deutschland, sondern auch für ihre Rückkehr in ihr Heimatland zu stärken. Sie müssen befähigt werden, nach ihrer Rückkehr an führenden Stellen für den Aufbau demokratischer Nachkriegsgesellschaften zu wirken.« Der Deutsche Frauenrat (DF) ist mit seinen über 50 Mitgliedsverbänden die größte Lobby der Frauen in Deutschland.

[Forderungen zur Bundestagswahl des Deutschen Frauenrats](#) (PDF, 472 KB)

[nach oben](#)

Volkssolidarität: Positionen zur Bundestagswahl 2017

Die Volkssolidarität hat ihre Positionen zur Bundestagswahl 2017 unter dem Titel »Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit« Anfang des Jahres publiziert. In ihren Forderungen geht es u.a. um eine bessere Verteilung des Reichtums und eine Stärkung des Sozialstaats, um gut bezahlte Arbeit, ein Altern in Würde und die solidarische Sicherung von Gesundheit und Pflege. Ein Abschnitt ist der Stärkung der Demokratie und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gewidmet: »Die Volkssolidarität setzt sich für mehr Mitwirkungs und Beteiligungsrechte aller Menschen ein. Die Zivilgesellschaft ist eine zentrale Ressource für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.« Die Volkssolidarität ist ein Sozial und Wohlfahrtsverband mit rund 170.000 Mitgliedern und etwa 18.000 Beschäftigten.

[Positionen zur Bundestagswahl 2017 der Volkssolidarität](#) (PDF, 248 KB)

[nach oben](#)

Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste: Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Der Gesprächskreis internationale Freiwilligendienste (GIF) hat am 15. März 2017 Forderungen zur Bundestagswahl 2017 publiziert. Er fordert die Stärkung internationaler Freiwilligendienste und sieht weltweite Freiwilligendienste als Gegengewicht zu nationalistischen Tendenzen. Kritisiert wird die Stagnation der verfügbaren Mittel. Gefordert werden ein Mittelaufwuchs, eine Stärkung der Incoming-Freiwilligendienste und in diesem Rahmen Visa-Erleichterungen für Freiwillige aus Drittstaaten. Zentral wird die Stärkung der Trägerverantwortung erhoben: »Um die Qualität und die Vielfalt der Freiwilligendienste zu sichern, fordern wir die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Trägerverantwortung.« Der Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste ist die Interessenvertretung der zivilgesellschaftlichen Träger internationaler Freiwilligendienste.

[Forderungen zur Bundestagswahl 2017 des Gesprächskreises Internationale Freiwilligendienste](#) (PDF, 1,0 MB)

[nach oben](#)

Forderungen zur Bundestagswahl 2017 zu Incoming-Freiwilligendiensten

Organisationen aus den Reihen der BFD Zentralstellen, den Bundesarbeitskreisen BAK FSJ und BAK FÖJ sowie dem Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste (GIF) haben im Februar 2017 gemeinsame Forderungen zur Bundestagswahl 2017 ausschließlich für Incoming / Süd-Nord-Freiwilligendienste veröffentlicht. Der Ausbau entsprechender Freiwilligendienststellen, die Förderung Incoming-spezifischer Kosten, die Erleichterung von Visavergabeprozessen oder die Entwicklung einer Anerkennungskultur für die entsprechend aus dem Ausland kommenden Freiwilligen gehören zu den acht Forderungen des Papiers.

[Forderungen zur Bundestagswahl 2017 zu Incoming-Freiwilligendiensten](#) (PDF, 537 KB)

[nach oben](#)

Verkehrsclub Deutschland (VCD): Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Im März 2017 hat der Verkehrsclub Deutschland (VCD) 10 Forderungen zur Bundestagswahl 2017 veröffentlicht, um eine Verkehrswende herbeizuführen. Darin geht es um die Lebensqualität aller Menschen und die Erreichung der internationalen Klimaschutzziele: »Wir wollen die lebenswerte Stadt – jetzt! Die Förderung des

Umweltverbundes ist dafür zentral: Zufußgehen, Fahrrad, Busse, Bahnen und Carsharing.«. Nachhaltige und sichere Mobilität, die Vision Zero – keine Verkehrstoten – als gesetzliches Ziel, Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs, des Bahnverkehrs und Fahrradverkehrs und eine nachhaltige Mobilitätsbildung gehören zu den Forderungen. Der VCD mit seinen 55.000 Mitgliedern und SpenderInnen versteht sich als die Interessensvertretung für alle umweltbewussten mobilen Menschen und gleichzeitig als ökologisches Korrektiv in der Verkehrspolitik.

[Forderungen zur Bundestagswahl 2017 des Verkehrsclubs Deutschland \(VCD\)](#) (PDF, 528 KB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

Kinder - Kitas - Kooperationen: Bericht zur Tagung

Wie wird die Kindertageseinrichtung zu einem demokratischen Ort? Wie lernen Kinder frühzeitig, dass sie sich selbst engagieren und mitgestalten können? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Fachtagung »Kinder - Kitas - Kooperationen. Engagement und Partizipation in Kindertageseinrichtungen« am 6. April 2017 in Greifswald. Etwa 130 Teilnehmende nutzen die Gelegenheit, sich in einem Fachvortrag zum Thema »Mitentscheiden und Mithandeln in der Kita« von Prof. Dr. Kathrin Aghamiri, Fachhochschule Münster, und in sechs Workshops über Bedeutung, Möglichkeiten und Perspektiven der Ausgestaltung von Beteiligung und Engagement von Kindern in Kitas zu informieren und auszutauschen. Veranstaltende der Fachtagung waren die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, der Landkreis Vorpommern-Greifswald, die Bertelsmann Stiftung, die Stiftung Bildung und Gesellschaft sowie das BBE. Die Fachtagung wurde unterstützt durch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern, der Arbeitsgruppe des internationalen Netzwerkes »Frühkindliche Bildung und Erziehung« Greifswald sowie der Stiftung Bildung. Eine Dokumentation der Veranstaltung ist für Herbst 2017 geplant.

[nach oben](#)

»Wie das Engagement älterer Menschen ländliche Räume belebt«: Rückblick

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BaS) lud das BBE am 4. und 5. April 2017 in Arnsberg dazu ein, über die Rolle älterer Menschen bei der Demokratiestärkung im ländlichen Raum zu diskutieren. Ein Ziel der Veranstaltung war, teilhabeorientierte Ansätze aufzuzeigen, um damit auch

populistischen und ausgrenzenden Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. In Workshops, mit interaktivem Theater und in lebendigen Diskussionen wurde das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Dabei erhielten die Teilnehmenden Einblicke in erfolgreiche Konzepte aus Arnsberg und anderen Kommunen und tauschten ihre Erfahrungen aus. Die Fachwerkstatt war bereits die zweite Veranstaltung in der Fachwerkstatt-Reihe des BBE zur »Entwicklung engagement- und demokratiestärkender Infrastrukturen für ländliche Regionen«.

[Eindrücke, Programm und weitere Informationen](#)

[nach oben](#)

Kooperationsprojekt Bürgerhaushalt: 2. Sitzung der AG Strategie

Am 3. April 2017 traf sich die Arbeitsgruppe Strategie des Netzwerks Bürgerhaushalt zu ihrer zweiten Sitzung in Köln. Dank der Einladung von Birgit Jablonski, verantwortlich für das Thema Bürgerhaushalt in der Stadtkämmerei und aktives Mitglied der Arbeitsgruppe, konnte die Sitzung mit bestem Blick auf den Rhein stattfinden. Sitzungsschwerpunkt war die Betrachtung und Diskussion aktueller Formate des Bürgerhaushalts. Zur Einführung in diesen Tagesordnungspunkt stellte Volker Vorwerk von »buergerwissen« Formate des Bürgerhaushalts vor und verdeutlichte anhand verschiedener Beispiele Gelingensbedingungen sowie hindernde Faktoren für die Beteiligung an und Durchführung von Bürgerhaushalten in Deutschland. Im Anschluss stellten Tim Schneider und Jonas Ginoui von »PolitAix. Kommunalen Haushalt als Sprungbrett für politisches Bewusstsein & Engagement« ihre Projektidee eines Simulations-Tools zur anschaulichen, interaktiven Darstellung kommunaler Haushalte vor. Dann führte die Arbeitsgruppe die bereits im Rahmen der konstituierenden Sitzung im Februar 2017 begonnene Diskussion über die zukünftige strategische Ausrichtung des Netzwerks Bürgerhaushalt fort. Die Ergebnisse finden Eingang in das Konzept der diesjährigen Netzwerktagung, die am 25. und 26. Oktober 2017 im Stadtbad Jena stattfindet. Das Protokoll der Sitzung wird in Kürze auf der Plattform veröffentlicht.

[Plattform Bürgerhaushalt](#)

[nach oben](#)

Bundesländer im Gespräch: Engagementpolitik und -förderung auf Länderebene

Am 28. und 29. März 2017 fand die Fachwerkstatt »Netzwerke im Dialog« in Berlin statt. Der Austausch über Engagementstrukturen und -förderungen in den Bundesländern und die länderübergreifende Kooperation standen im Fokus der Veranstaltung. Den Auftakt machte Dr. Susanna Kahlefeld, Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation im Berliner Abgeordnetenhaus, mit einer Dinner Speech zu der politischen Bedeutung von

bürgerschaftlichem Engagement am Beispiel Berlins. Birger Hartnuß, Staatskanzlei Rheinland Pfalz, und Carola Schaaf-Derichs, Landesfreiwilligenagentur und Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin, stellten am Folgetag in einem offenen Dialog Top-down und Bottom-up Entwicklungen von zivilgesellschaftlichen Strukturen auf Länderebene gegenüber. Martin Rüttgers, Institut für Politikberatung und Forschung Köln, stellte erste Ergebnisse zu einer empirischen Untersuchung über aktuelle Engagementnetzwerkstrukturen auf Länderebene vor, die noch in diesem Jahr vom BBE publiziert werden soll.

[nach oben](#)

Neuer Mitarbeiter im BBE

Seit dem 10. April 2017 vertritt Erik Hildebrandt die in Elternzeit gegangene Elisabeth Schönrock als Referent im Arbeitsbereich »Demokratiestärkung im ländlichen Raum«. Erik Hildebrandt ist Politikwissenschaftler und Schulpädagoge, hat ehren- und hauptamtlich beim Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) mit SchülerInnen und Azubis zu den Themen Diskriminierung, Rechtsextremismus und demokratische Kompetenzen gearbeitet und als Integrationspädagoge in der Schulbegleitung eines kleinen Jungen das Thema Inklusion praktisch werden lassen. Ehrenamtlich engagiert er sich bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und in der Geflüchtetenarbeit.

[nach oben](#)

BBE-Mitglied des Monats: Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)

Seit 55 Jahren setzt sich das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) dafür ein, dass ältere Menschen trotz physischer oder psychischer Beeinträchtigungen möglichst selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Mit Projekten u.a. zur kommunalen Quartiersentwicklung, zu niedrigschwelligen Betreuungsangeboten oder zur Weiterentwicklung neuer Wohnformen leistet es einen wichtigen Beitrag, um die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern. Das KDA versteht sich als Wegbereiter für eine moderne Altenhilfe und -arbeit und entwickelt gemeinsam mit seinen Partnern neue Lösungskonzepte und Modelle zur Weiterentwicklung von Pflege und Betreuung. Es berät Kommunen, Ministerien, Sozialverbände, Unternehmen und Heimträger, bietet Fortbildungsmaßnahmen u.a. zur Gewinnung Ehrenamtlicher und zum Freiwilligenmanagement an und vergibt Fördermittel für innovative Projekte der Altenhilfe, etwa für Engagementprojekte im Quartier oder die Etablierung ambulant betreuter Wohngruppen. Ziele, die das KDA mit seiner Arbeit verfolgt, sind u.a. die Förderung eines wertschätzenden gesellschaftlichen Umfelds, die Sicherstellung einer generationengerechten Infrastruktur und die Ermöglichung einer wohnortnahen Beratung.

[Weitere Informationen zum KDA](#)

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

Freiwilligendienste weiterentwickeln: Fachgespräch

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Jahr für Jahr wollen deutlich mehr Menschen einen Freiwilligendienst leisten, als es Plätze gibt. Auf der Veranstaltung »Vielfältig. Gemeinsam. Engagiert. Freiwilligendienste weiterentwickeln!« am 28. April 2017 in Berlin möchte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung der Freiwilligendienste und Ideen zur Verbesserung der Anerkennungskultur und dem Erreichen neuer Zielgruppen vorstellen. Gemeinsam mit den Teilnehmenden und ExpertInnen soll erörtert werden, welche Konsequenzen aus der Evaluation der Gesetze über den Bundesfreiwilligendienst und zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten gezogen werden müssen. Eine Anmeldung ist bis zum 25. April 2017 erforderlich.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion](#)

[nach oben](#)

Entwicklungspolitik beginnt in den Kommunen: Veranstaltung

Kommunen rücken weltweit als bedeutende Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in den Fokus des Handelns. Sie sind wertvolle Partner, wenn es darum geht, Globalisierung nachhaltig, fair und mit den Menschen zu gestalten. Am 17. Mai 2017 lädt die SPD-Bundestagsfraktion zur Veranstaltung »Eine Welt vor Ort. Entwicklungspolitik beginnt in den Kommunen« nach Berlin ein, um darüber ins Gespräch zu kommen, wie Kommunen in der Nutzung ihrer Potenziale für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden können. Im Vorfeld werden die Teilnehmenden gebeten, mit der kurzen Beantwortung einer oder mehrerer Fragen aus dem Dialogpapier einen fachlichen Input zu leisten, der auf der Veranstaltung gemeinsam diskutiert werden soll. Einsendungen von Stellungnahmen können bis zum 2. Mai 2017 erfolgen. Anmeldungen zur Veranstaltung sind online bis zum 10. Mai 2017 möglich.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion](#)

[Dialogpapier mit Fragen](#) (PDF, 302 KB)

[nach oben](#)

Helfende Hand 2017: Förderpreis

Das Bundesministerium des Innern schreibt wieder den Förderpreis »Helfende Hand« aus, der mit insgesamt 39.000 Euro dotiert ist. Die »Helfende Hand« würdigt Mitglieder von Organisationen, die sich ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz engagieren. Die Helfende Hand wird an je drei Nominierte in drei Kategorien verliehen. Ausgezeichnet werden Projekte im Bevölkerungsschutz in den Kategorien: »Innovative Konzepte«, »Nachwuchsarbeit« sowie »Vorbildliche Unterstützung des Ehrenamtes«. Zudem gibt es einen Sonderpreis: Die Jury kann damit mehrere Bewerbungen auszeichnen, die sie mit Blick auf die Ziele des Förderpreises als außergewöhnlich wirksam betrachtet, obwohl sie in keine der drei Kategorien passt. Bewerbungsfrist ist der 30. Juni 2017.

[Weitere Informationen zum Förderpreis](#)

[nach oben](#)

Die Verantwortlichen: Ausschreibung

Die Robert Bosch Stiftung unterstützt mit dem Netzwerk »Die Verantwortlichen« Menschen, die mit ihrem außergewöhnlichen Engagement zum Gemeinwohl in Deutschland beitragen. Teilnehmende können in einem Zeitraum von 18 Monaten intensiv an organisationalen Fragestellungen und persönlicher Weiterentwicklung arbeiten. Dazu erhalten sie maßgeschneiderte Unterstützungsangebote wie eine 360-Grad-Organisationsanalyse, eine Analyse des Führungsverhaltens, Peer-to-Peer-Coaching, Pro-Bono-Unterstützung, individuelle Qualifizierungen sowie die Gelegenheit zu Beratung und Austausch mit anderen Mitgliedern aus dem Netzwerk der Verantwortlichen. Im Mai 2017 startet die nächste Runde des Entwicklungsprogramms, innerhalb dessen bis zu 15 Verantwortliche unterstützt werden. Gesucht werden inspirierende InitiatorInnen, GründerInnen und LeiterInnen von gemeinwohlorientierten und innovativen Projekten, denen Qualifizierung, Organisationsentwicklung und Vernetzung helfen könnten. Die Ausschreibungsfrist wurde bis zum 28. April 2017 verlängert.

[Weitere Informationen zur Ausschreibung](#) (PDF, 342 kB)

[Weitere Informationen zum Entwicklungsprogramm](#)

[nach oben](#)

Überlieferungen der neuen sozialen Bewegungen: Bericht

Am 2. März 2017 fand das Fachgespräch »Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen« in Hamburg statt, veranstaltet vom Hamburger Institut für Sozialforschung und vom Verband deutscher Archivarinnen

und Archivare (VdA). Das im Frühjahr 2016 veröffentlichte Positionspapier »Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen« des VdA bildete die Grundlage des Gesprächs. Ausgehend von der Feststellung des Positionspapiers, dass Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen die deutsche Gesellschaft seit 1945 nachhaltig geprägt haben, die Überlieferung der Unterlagen allerdings nicht gesichert ist, wurde aus verschiedenen Perspektiven eine Bestandsaufnahme vorgenommen und Lösungsmöglichkeiten diskutiert. PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE und als Mitbegründer des Forschungsjournals Soziale Bewegungen wie auch des Berliner Archivs der Jugendkulturen mit der Thematik vertraut, wies in seinem Beitrag zum Verhältnis von Zivilgesellschaft, Archiven und sozialen Bewegungen auf den Bedarf der Zivilgesellschaft hin, das Wissen zu bündeln, zu managen und als es als Wissensallmende öffentlich zur Verfügung zu stellen. Er betonte die besondere Stellung der Archive als Wissensspeicher für die Zivilgesellschaft. Ein Bericht der Veranstaltung liegt vor.

[Tagungsbericht](#)

[Weitere Informationen zum Positionspapier und Download](#)

[nach oben](#)

Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft: Studie

Wie kann kooperatives Zusammenwirken zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft in Kontexten des kommunalen Sozialstaates gelingen? Diese Frage untersucht die Geschäftsstelle ZiviZ im Stifterverband im Rahmen der qualitativen Studie »Verwaltung und Zivilgesellschaft zwischen Kooperation und Koexistenz« für die Handlungsfelder (offene) Kinder- und Jugendarbeit und (offene) Altenhilfe. Basierend auf qualitativen Interviews in sechs Fallkommunen (je drei pro Handlungsfeld) analysieren die AutorInnen die jeweiligen Rollenverständnisse von Vertretern aus Kommunalverwaltung und von freien Trägern sowie die Bewertung ihrer Beziehungen. Die Studie identifiziert drei Ebenen der Kooperation: die normative Ebene (beiderseitiges Verständnis von Steuerung/Zusammenarbeit), die fachliche Ebene (beiderseitiges Verständnis von Fachlichkeit) und die ökonomische Ebene (beiderseitiges Verständnis über die Vergabepaxis von Aufträgen/Geldern). Die Ausgestaltung der Ebenen entscheidet laut den AutorInnen darüber, ob Kooperationsbeziehungen partnerschaftlich, zweckgebunden, kollegial oder koexistent verlaufen.

[Weitere Informationen zur Studie und Download](#)

[nach oben](#)

»Wir Bürgerstifter«: Publikation

Seit etwa 20 Jahren gibt es Bürgerstiftungen in Deutschland. Die erste dieser

»Stiftungen von Bürgern für Bürger« wurde am 20. Dezember 1996 in Gütersloh gegründet. Gemeinsam stiften und sich persönlich engagieren in dem Ort oder der Region, in der man lebt oder arbeitet, so die Idee. Inzwischen gibt es Bürgerstiftungen in 400 Orten und Regionen. Insgesamt engagieren sich ca. 50.000 Menschen in den Projekten oder Gremien von Bürgerstiftungen. Die Publikation »Wir Bürgerstifter« von Stefan Nährlich und Gudrun Sonnenberg (Hrsg.) stellt 13 BürgerstifterInnen vor. Sie erzählen davon, warum und wie sie zur Bürgerstiftung kamen, was sie mit ihrem Projekt erreichen wollen und geben Einblicke in ihre Biografie. Die vorgestellten BürgerstifterInnen engagieren sich bei den Bürgerstiftungen Berlin-Lichtenberg, Braunschweig, Dresden, Hamburg, Hannover, Hellweg Region (Soest), Mittelhessen (Gießen), Nürnberg, Pfalz (Klingenmünster), Schwäbisch Hall und Wiesloch.

[Weitere Informationen zur Publikation »Wir Bürgerstifter«](#)

[nach oben](#)

»Impulse der Reformation«: Publikation

Anlässlich des Reformationsjubiläums untersucht der neue Band »Impulse der Reformation. Der zivilgesellschaftliche Diskurs«, herausgegeben von Ansgar Klein und Olaf Zimmermann, die Auswirkungen des Reformationsprozesses auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft bis heute. Die 30 enthaltenen Beiträge decken ein breites Themenspektrum ab und widmen sich u.a. religiösen Motiven als Antrieb zum Engagement, Kirchen in der zivilgesellschaftlichen Praxis sowie der Beziehung von Haupt- und Ehrenamt. Erschienen ist der Band in der Reihe »Bürgergesellschaft und Demokratie« bei Springer VS Wissenschaft.

[Weitere Informationen zur Publikation »Impulse der Reformation«](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk sucht voraussichtlich zum 1. November 2017 eine Leiterin oder einen Leiter des Referats »Koordination« im Büro Warschau. Es handelt sich um eine Stelle in Vollzeit (40 Stunden/wöchentlich).

Ab 1. Juli spätestens zum 15. August 2017 sucht die BAGFA eine engagierte Projektreferentin / einen engagierten Projektreferenten in Teilzeit (32 Wochenarbeitsstunden).

[Weitere Informationen zu den Stellenausschreibungen](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 4. Mai 2017.

Redaktionsschluss ist der 25. April 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend